

Eübedecker Volksbote

Organ für die Interessen der verlässlichen Bevölkerung

Der „Eübedecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgestaltene Zeitung oder deren Raum 30 Pf., Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pf., auswärtige Anzeigen 35 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gehöhere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279.

Mittwoch, den 28. November 1917.

24. Jahrg.

Waffenstillstand und Reichsleitung.

Eine Frage der Kompetenzen.

Die Bestimmung gegen mich, welche die höhern militärischen Kreise aus dem österreichischen Kriege mitgebracht hatten, dauerter während des französischen fort, gepflegt nicht von Moltke und Roon, aber von den „Halbgöttern“, wie man damals die höhern Generalstabsoffiziere nannte. Sie machte sich im Feldzuge für mich und meine Beamten bis in das Gebiet der Naturalverpflegung und Einquartierung fühlbar. Sie würde noch weiter gegangen sein, wenn sie nicht in der sich immer gleichbleibenden westmännischen Höflichkeit des Grafen Moltke ein Korrektiv gefunden hätte. Roon war im Felde nicht in der Lage, mir als Freund und Kollege Beistand zu leisten; er bedurfte im Gegenteil schließlich in Versailles meines Beistandes, um im Kreise des Königs seine militärischen Überzeugungen geltend zu machen.“

„Schon bei der Abreise nach Köln erfuhr ich durch einen Zufall, daß beim Ausbruch des Krieges der Plan festgestellt war, mich von den militärischen Beratungen auszuschließen. Ich konnte das aus einem Gespräch des Generals v. Podbielski mit Roon entnehmen, dessen unfreiwilliger Ohrenküpe stattfand, dessen Scheidewand von einer breiten Deßnung über mir durchbrochen war. Der Erstere äußerte laut seine Befriedigung, etwa in dem Sinne: „Diesmal ist also dafür gesorgt, daß uns der gleiche nicht wieder passiert.“ Bevor der Zug sich in Bewegung setzte, hörte ich genug, um zu verstehen, welches „damals“ im Gegensatz gegen diesmal der General im Sinne hatte, nämlich meine Beteiligung an militärischen Beratungen in dem böhmischen Feldzuge und besonders die Aenderung der Marschrichtung auf Freiburg anstatt auf Wien.“

„Die durch diese Reden gekennzeichnete Verabredung wurde mir praktisch wahrnehmbar; ich wurde nicht nur zu den militärischen Beratungen nicht zugezogen, wie 1866 geschehen war, sondern es galt mir gegenüber streng Geheimhaltung aller militärischen Maßregeln und Absichten als Regel. Dieses Ergebnis der unsern amtlichen Kreisen innenwährenden Rivalität der Ressorts war ein so augenfälliger Schaden für die Geschäftsführung, daß der in Angelegenheiten des Roten Kreuzes im Hauptquartier anwesende Graf Eberhard Stolberg bei der freundshaftlichen Intimität, in der ich mit diesem, leider zu früh verstorbenen Patrioten stand, den König auf die Unzuträglichkeiten der Ausschließung seines verantwortlichen politischen Ratgebers aufmerksam mache. Nach dem Zeugnis des Grafen hatte Se. Majestät darauf erwidert: „Ich sei in dem böhmischen Kriege in der Regel zu dem Krieger zugezogen worden, und es sei dabei vorgekommen, daß ich im Widerspruche mit der Majorität den Nagel auf den Kopf getroffen hätte; daß das den anderen Generälen ärgerlich sei und sie ihr Ressort allein beraten wollten, sei nicht zu verwundern“ — ipsissima verba regis (eigene Worte des Königs), nach dem Zeugniß des Grafen Stolberg nicht nur mir, sondern auch andern gegenüber. Das Maß von Einfluß, welches der König mit 1866 verstatte hatte, stand allerdings im Widerspruche mit militärischen Traditionen, sobald der Ministerpräsident allein nach den Abzeichen der Uniform klassifiziert wurde, die er im Felde trug, als Stabsoffizier eines Kavallerieregiments; und es blieb 1870 mit gegenüber bei dem militärischen Befehl, wie man heute sagen würde.“

„Wie man die Theorie, welche der Generalstab mir gegenüber zur Anwendung brachte und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll, so ausdrücken kann: der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu häuseln, so liegt schon in dem doppelten Gesicht des Janus die Mahnung, daß die Regierung eines kriegführenden Staates auch nach andern Richtungen zu sehen hat, als nach dem Kriegsschauplatze. Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erfüllung des Friedens unter Bedingungen, die der vom Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in bezug derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politisch Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegsführung sein. Die Wege und Mittel der letzten werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen, ob man Landabtretungen fordern oder auf solche verzichten, ob man Pfandsbesitz und auf wie lange gewinnen will.“

„Noch schwerer wirkt in gleicher Richtung die Frage, ob und aus welchen Motiven andere Mächte geneigt sein könnten, dem Gegner zunächst diplomatisch, eventuell militärisch beizustehen, welche Ansicht die Vertreter einer solchen Einigung haben, an fremden Höfen ihren Zweck zu erreichen, wie die Parteien sich gruppieren würden, wenn es zu Konferenzen oder zu einem Kongresse käme, ob Gefahr vorhan-

den, daß aus der Einmischung der Neutralen sich weitere Kriege entwideln. Namentlich aber zu beurteilen, wann der richtige Moment eingetreten sei, den Übergang vom Kriege zum Frieden einzuleiten, dazu sind Kenntnisse der europäischen Lage erforderlich, die dem Militär nicht geläufig zu sein brauchen. Informationen, die ihm nicht zugänglich sein können. Die Verhandlungen in Nîmesburg 1866 beweisen, daß die Frage von Krieg und Frieden auch im Kriege stets zur Kompetenz des verantwortlichen politischen Ministers gehört und nicht von der technischen Armeeleitung entschieden werden kann; der kompetente Minister aber kann dem Könige nur dann sachkundigen Rat erteilen, wenn er Kenntnis von der jeweiligen Lage und den Intentionen der Kriegsführung hat.“

Es ist Bismarck, der so spricht. Er spricht gegen jene alldeutschen Bütter, welche die Richtigkeit unserer Feststellung bestreiten, daß die Frage des Waffenstillstandes eine Angelegenheit der politischen Reichsleitung ist. Aus dieser nun wohl nicht mehr bestreitbaren Feststellung folgt aber auch, daß die Beratung oder Beeinflussung

der Presse in dieser Frage, soweit eine solche überhaupt statthaben darf, eine Aufgabe der politischen Reichsleitung und nicht der Obersten Heeresleitung ist. Man stelle sich einmal vor, daß die Presse in den Jahren 1866 und 1870 ein Instrument in der Hand jener Herren gewesen wäre, die Bismarck mit der Reisefreiheit, die er sich erlaubt durfte, die „Halbgötter“ nennen! Man stelle sich vor, diese „Halbgötter“ hätten zu entscheiden gehabt, welche Nachrichten in die Presse gelangen durften und welche nicht!

Es ist sehr merkwürdig, daß gerade jene Politiker, denen Idol der eisernen Kanzler ist, in der Jetzzeit für einen wachsen schwärmen, der ins Schauspieler gestellt wird, um mit dem Kopfe zu ricken. Es sind das dieselben Herren, die die sozialdem. Presse des gefährlichen Umsturzes bezüglichen, als sie unter den Aufgaben der neuen Regierung auch eine genauere Abstetzung der politischen und der militärischen Kompetenzgrenzen nannte. Wir glauben, daß die in der letzten Zeit zutage getretenen Irrtümer diese Aufgabe als ebenso dringend erscheinen lassen wie eine andere, mit ihr unmittelbar in Verbindung stehende: die Aushebung der politischen Juris!

Die Geheimverträge.

Wir haben gestern auszugsweise einige aus den von Städten frei bleibenden. Russland geht darauf ein, eine neutrale Zone in Persien als unter Englands Interessensphäre gehörend anzuerkennen. Es hält gleichwohl den Vorbehalt für angebracht, daß die Gebiete der Städte Isphahan und Jersda Russland zugesichert werden, und daß der Teil der neutralen Zone, der wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eingeschoben ist und sich Russlands Grenze bei Sulgasat nähert, der russischen Interessensphäre zugeziesen wird. Die russische Regierung hält es für wünschenswert, daß außerdem gleichzeitig die Entscheidung getroffen wird über das an Russland grenzende nördliche Afghanistan in Richtung der von der Regierung bei den Verhandlungen von 1914 ausgesprochenen Wünsche. Nach Eintritt Italiens in die Reihe der kriegsführenden Mächte wurden unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele auch der italienischen Regierung mitgeteilt, die ihre Einwilligung ausprach unter der Voraussetzung, daß der Krieg mit einem Siege enden und daß Italiens Wünsche im allgemeinen und im Osten ein besonderes Entgegenkommen finden, und daß wie in den uns auffallenden Gebieten Italien dieselben Rechte zuverkannten.

Bon den veröffentlichten Geheimdokumenten seien die folgenden ausführlich mitgeteilt:

An erster Stelle wird in der „Pravda“ ein Altenstück mitgeteilt, das in dem Blatte die Ueberschrift trägt:

Uebereinkommen betreffend Konstantinopel und den Sond. (Eine Information.)

Am 19. Februar (4. 3.) 1915 übergab der Minister des Neubüren der französischen und der englischen Botschaft ein Memorandum, in dem als wünschenswertes Ziel ausgesprochen wurde, daß als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges folgende Territorien Russland überlassen werden möchten: die Stadt Konstantinopel, die östlichen Küsten des Bosporus bis zum Samaria-Fluß und einem später näher zu bestimmenden Punkt am Isthmus-Sund, die Inseln im Marmara-meer und die Inseln Imbros und Tenedos. Frankreich und Englands Sonderprivilegien innerhalb der angegebenen Territorien sollen unangetastet bleiben. Sowohl Frankreich wie Englands Regierung geben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, umgere als wünschenswert bezeichneten Ziele gutzuheissen unter der Voraussetzung, daß der Krieg glücklich enden und anderseits einer ganzen Reihe französischer und englischer Forderungen entgegengelassen werden, die sich teils auf die Gebiete des osmanischen Reiches, teils auf andere Gebiete beziehen.

Diese Forderungen waren, soweit sie der Türkei galten, folgende: Konstantinopel wird als Freihafen anerkannt zur Transitierung von Waren, die weder von Russland kommen, noch nach Russland gehen. Handelschiffe sollten freie Durchfahrt durch den Sond. haben. England und Frankreich sollten in der asiatischen Türkei Rechte zuerkannt werden, die durch ein Sonderabkommen zwischen Frankreich, England und Russland genau festgelegt werden sollten. Die heiligen Stätten der Mohammedaner und Arabien sollten einem unabhängigen moschmedanischen Reiche unterstellt werden. Die durch das englisch-russische Uebereinkommen von 1907 neutralisierte Zone in Persien sollte als zu Englands Interessen gehörig anerkannt werden. Die russische Regierung, die im Prinzip anerkannt, daß diesen Forderungen entgegengewonnen werden müsse, machte gleichwohl einige Vorbehalte. In Formulierung unserer Wünsche be- treffend die heiligen Stätten der Mohammedaner müßte unmittelbar klargestellt werden, ob diese Stätten unter türkischer Oberhoheit bleiben und der Sultan weiter das Khalifat behalten sollte, oder ob man einige neue unabhängige Reiche gründen sollte. Nach unserer Meinung wäre es wünschenswert, daß das Khalifat von der Türkei getrennt wird. Auf alle Fälle müßten die Wallfahrten nach den heiligen

Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris
am 9. März 1916:

Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie folgende allgemeine Prinzipien zur Rücksicht nehmen. Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Uebereinkommen müssen unangetastet bleiben und dürfen keinerlei Revision unterzogen werden. Dies gilt unserem Abkommen mit Frankreich und England betr. Konstantinopel, den Sond. Syrien und Klein-Aasien sowie dem Londoner Vertrag mit Italien. Alle Vorschläge betr. die Festlegung der zukünftigen Grenzen Mitteleuropas sind zurzeit verfrüht. Im allgemeinen muß man dessen eingedenken, daß wir bereit sind, Frankreich und England alle Freiheit zu lassen, Deutschlands Westgrenze zu bestimmen, da wir daraus rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsere Grenzen gegen Deutschland und Österreich zu bestimmen. Notwendig ist vor allem, zu fordern, daß die polnische Frage von den Gegenständen der internationalen Verhandlungen ausgenommen wird, und alle Versuche, Polens Zukunft unter eine Garantiekontrolle der Mächte zu stellen, verhindert werden. Was die skandinavischen Reiche angeht, so muß man anstreben, Schweden von gegen uns feindlichem Auftreten abzuhalten und ebenso rechtzeitig an Maßnahmen zu denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen, und für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einem Krieg mit Schweden vorzubeugen. Rumänien wird bereits alle politischen Vorteile versprochen werden, die es vermögen können, zu den Russen zu greifen. Deshalb ist es vollkommen unnötig, in dieser Richtung hin Mittel zu gebrauchen. Die Frage der Beendigung der Deutschen vom chinesischen Markt hat sehr große Bedeutung. Aber da die Entscheidung dieser Frage ohne Japans Mitwirkung unmöglich ist, so ist es ratsam, ihre Erörterung bis zu einer östlichen Konferenz zu verschieben, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorbereitender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist.

Geheimtelegramm an den russischen Botschafter in Paris.

Petersburg, den 30. 1. 1917.

507. Kopie.

In allerhöchster Audienz teilte Herr Doumergue Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mit, sich der Rückgabe Chah-Zothringens nach Schluss des Krieges zu ver-

sichern, sowie einer Sonderstellung im Tale des Saar-Flusses und es dahn zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vorgehen bilden mögen. Doumergue sprach die Hoffnung aus, Seine Majestät möchte nicht ablehnen, jetzt sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlag aussprechen. Seine Majestät geruhte, im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen. Ich ersuchte infolgedessen, daß Doumergue nach Verständigung mit seiner Regierung mir den Vorschlag zu einem Übereinkommen mittheilen möchte, das auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden könnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, der von der kaiserlichen Regierung in dem Telegramm vom 24. 2. 1916 Nr. 945 dargelegt wurde, wonach wir, wenn wir Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zu erkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, das die Feststellung unserer Grenzen mit Deutschland und Österreich anbelangt. Der bevorstehende Notenwechsel in der von Doumergue angeregten Frage gibt uns somit die Vergleichung, zu ersuchen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu verleiht, daß England in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält. Exakte Zusagen in dieser Frage werden wir zu seiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen; ferner glauben wir uns der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach Schluß des Krieges das Scrutit über die Norden-Inseln ausgehoben wird. Bitte legen Sie oben dargestellte Gesichtspunkte Briand dar und telegraphieren Sie über das Ergebnis. Pätzowksi.

In der „Seldatskaja Prawda“ wurden folgende Telegramme des Ministers des Neuherrn Tereščenko veröffentlicht, die eine Episode in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Russland und seinen Bundesgenossen bezeichnen.

Geheimtelegramm an die Vertreter in Paris, London und Rom

am 9. Oktober 1917:

Der französische, englische und italienische Botschafter drückten den Wunsch aus, gleichzeitig vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden. Sie machten ihm eine Mitteilung, in der hervorgehoben wurde, daß die letzten Ereignisse Besprechungen eingehen, betreffend die Widerstandskraft Russlands, und dessen Fähigkeit, den Krieg fortzuführen; aus diesem Anlaß kann allgemein die Volksmeinung in den verbündeten Ländern von ihren Regierungen Angaben über die materielle Hilfe fordern, die Russland gewährt wurde. Um den alliierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, die allgemeine Stimmung zu berücksichtigen und ihr neue Zuversicht einzufüllen, liegt es der russischen Regierung ob, durch die Tat ihre Entschlossenheit zu zeigen und alle Mittel anzuwenden, um die Disziplin wiederherzustellen und der Armee wirtschaftliche Kriegszeit einzufügen, sowie das regelrecht Funktionieren des Regierungsapparates vor und hinter der Front zu föhren. Die verbündeten Regierungen drücken endlich die Hoffnung aus, daß die russische Regierung diese Aufgabe erfüllen und sie somit der Unterstützung der Bundesgenossen verleihen wird.

Der Minister hob in der Antwort an die drei Botschafter hervor, daß die Interimsregierung Maßnahmen in der Richtung ergreift, daß der Schritt der Botschafter bei der Allgemeinheit nicht die Auslegung erziehe, die gesucht wäre. Unwillen gegen die Bundesgenossen zu erzeugen. Er wies darauf hin, daß die gegenwärtige schwierige Lage Russlands in bedeutendem Maße mit dem von dem alten Regime übernommenen Großheit zusammenhängt, dessen Regierung zur Zeit im Auslande eine Unterstüzung und ein Vertrauen genossen hat, die vielleicht ihren Verbündeten nicht entsprochen hätten. Er lehnte auch die Auswertung auf die gefährlichen Zeiten, die das Schwanden der Bundesgenossen in der Frage der Beziehung der Armee mit Kriegsbedürfnissen zur Folge haben müßte. Diese Folgen zeigten sich zwei, drei Monate nachdem ein derartiges Schwanken eingesetzt war. Was den Krieg anbelangt, ist hoch Anerkennt hervor, daß man diesen in Russland immer noch als eine allgemeine nationale Angelegenheit betrachte, und daß er es deshalb für unzureichend halte, die von dem russischen Volk gebrauchten Opfer besonders hervorzuheben. Der Imperialismus der Zentralmächte bildet die größte Gefahr für Russland und der Kampf gegen diesen Imperialismus mag im nördlichen Antlitz an die Bundesgenossen geführt werden. Russland, das mehr als andere vom Kriege gefitten hat, kann diesen Kampf nicht beenden, ohne seine territoriale Integrität und Unabhängigkeit gehärtet zu haben. Es wird den Kampf fortsetzen, wie auch die internationale Spannung werden möge. Was die Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der Kampffähigkeit der Armee anlangt, so ist der Ministerpräsident hervor, daß die Aufgabe den Gegenstand der ganzen Aufmerksamkeit der Regierung bilden und daß durch die am gleichen Tage vom Kriegsminister und Minister des Neuherrn an die Front übernommene Rolle gerade von der Notwendigkeit, ein entsprechendes Programm auszuarbeiten, hervergezogen war. Zum Schluß wies Kereščikov der Kollektiven Art des Kriegsthes des Botschafter daran hin, daß Russland immer noch eine Großmacht ist.

Tereščenko.

Geheimtelegramm an den Botschafter, den 9. Oktober 1917:

Der englische, französische und italienische Botschafter wurden heute vom Ministerpräsidenten empfangen. Sie haben ihm gegenüber im Namen ihrer Regierung die Notwendigkeit hervor, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kriegsfähigkeit der Armee zu ersezieren. Dieser Schritt möglic auf die vorläufige Regierung einen peinlichen Einstand, umso mehr, als alle unsere Bundesgenossen die Anstrengungen kennen, die die Regierung macht, um den Kampf gegen den gemeinsamen Feind fortzuführen. Ich bitte Sie, Ihnen persönlich Parancini mitzuteilen, wie hoch die notwendige Regierung es hält, daß der amerikanische Botschafter auf seiner Teilnahme an dem fraglichen Schritt eintritt.

Tereščenko.

Die kollektive Sicht der drei Botschafter maßte einen peinlichen Einstand auf uns, sowohl durch den Inhalt, wie durch die Form, warin er gemacht wurde. Unsere Bundesgenossen kennen sehr wohl die ungeteilten Anstrengungen, die die notwendige Regierung macht, um die Kriegsfähigkeit der Armee wieder herzustellen. Weder militärische noch politische noch innere Differenzen, noch die gewöhnlichen diplomatischen rätseln imponieren, während der letz-

ten sechs Monate Russlands unablässige Entschlossenheit zu brechen, den Krieg mit dem gemeinsamen Feinde bis zum Schluß zu führen. Unter solchen Verhältnissen müssen wir uns verwundert fragen, welche Motive unsere Bundesgenossen zu solchen Auftreten vermögen können und welche reellen Ergebnisse sie davon erwarten. Bitte, teilen Sie den Inhalt des vorliegenden Telegramms dem Minister des Außen mit und legen Sie ihm mein eindringliches Ersuchen vor, daß er die Demarche der Bundesgenossen nicht anders darstellen möge, als das Ergebnis einer vorhergehenden Verhandlung, und zwar, um eine gefährliche Voreitung der allgemeinen Meinung bei uns zu vermeiden.

Tereščenko.

Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten Russlands in Bern,

den 4. (17.) September 1917, Nr. 707:

In der Lokalpresse ist ein Führer erschienen, nach dem einige Finanzleute aus den beiden im Kriege miteinander befindlichen Lagern fürstlich in der Schweiz weitgehende gemeinsame Beurteilungen geführt haben. Wer die Konferenzteilnehmer und woher die Arie der Beratung gewesen sind, wird streng geheim gehalten. Zweifellos sind folgende Personen dabei gewesen: Jacques Stern von der Niederländischen Bank in Paris, Erdmann von der Pariser Abteilung der Börsen-Bank, Fürstenberg, Direktor der Deutschen Diskonto-Gesellschaft, auf dem die Vertreter der Deutschen Bank und der Österreichischen Bank. Die Engländer bestritten zwar die Teilnahme an den Beratungen, aber am 2. (15.) traf in Genf aus London der Direktor der Börsen-Bank, Bell, unter dem Vorwande der Gründung einer Filiale in der Schweiz ein. Wie gerichtetweise verlautet hat man als Basis des Übereinkommens folgende Möglichkeiten erörtert: Elsaß-Lothringen sollte Frankreich zurückgegeben und Italiens Forderungen sollte entsgegenkommen werden. Nichts Bestimmtes ist festgestellt. Betreffend Russland sind nur Andeutungen ausgesprochen, daß die Zentralmächte eine Reihe von Kompenzationen im Osten erhalten würden. Die deutschen Teilnehmer an den Beratungen forderten insbesondere die Befreiung der baltischen Provinzen an Deutschland und die Unabhängigkeit für Finnland.

Bemerkung des W. L. B.: Die Tatsache dieser Zusammenkunft wurde bereits von deutscher Seite dementiert.

Im Zusammenhang mit den von den Soldatenkämpfen gewachten Enthüllungen erfuhr Svenska Telegrambyrån offiziell aus Petrograd, daß man mit „westlicher Grenze“ nach der Terminologie des russischen Auswärtigen Amtes Deutschland und Österreich-Ungarn meint. Die übrigen Nachbarländer werden als nördliche und südliche Nachbarn bezeichnet.

Die Kriegslage.

Bei Sturm und Regen verließ in Fländern der Kommandeur des 26. November mit geringer beiderseitiger Geschäftigkeit. Erst nachmittags ließ er sich von Westroosebeke bis Landvoorde das Artilleriefeuer zu großer Heftigkeit. Am Abend trat von der Küste bis zum Houtribouster Wald eine heftige Feuersteigerung ein. Das Westende und Sicht Dijkmuiden erlebten lebhaften Beschuß. Verschiedentlich verloren englische Patrouillen wurden restlos abgewiesen.

Auf dem Houtribomfelde von Cambrai wurden am Samstagmorgen mehrere feindliche Einheiten beim Gehöft Kelleres unter wirklassem Vernichtungsfeuer gekommen. Im Nachmittage legte beiderseitig in der Gegend Bourlon und Fontaine einarker Artilleriekampf ein. Auch hier setzte unsere Artillerie ihr Feuer gegen die Angriffslinien bei Grancourt und Annœull zusammen. Sechs gegen Fontaine aufgehende Panzerwagen wurden durch unser Feuer zur Hälfte zerstört. Südlich Thionville entdeckten sie jedoch eben bei lebhaftem Feuer schwerer Kaliber für uns günstig verlaufende Handgranatenkämpfe. Die unter dem Schutz der Dunkelheit bereitgestellte feindliche Infanterie brach um 7 Uhr 30 abends gegen Bourlon Dorf und Wald zum Angriff vor. Da erbittertem hin- und herwogendem Nahkampf wurden die Engländer unter den schweren Verlusten abgeschlagen. In der Südpitze des Bourlon-Waldes verblieb ein Engländer. Um 8 Uhr 30 verlor er das Dorf Bourlon sowie der Bourlon-Wald entgegen dem Böhlener Bericht fast in unserer Hand. In dieser Stelle des Hauptkampffeldes erlitten die Engländer bei ihrem wiederholten Angriffen schwere Verluste. Ihre überlegene Zahl und Masse unterlag jedesmal dem Heldenmut unserer tapferen Infanterie.

Ein im Gegen La Folie gegen 8 Uhr abends sich vorbereitender Angriff kam in unserer Vernichtungsfeuer nicht zur Durchführung. Auf dem ganzen Kampfhelden erlebten die Engländer vor jedem Angriff schwere Verluste durch das stankierende Artilleriefeuer unserer Batterien, die jedesmal in dem übersichtlichen Gelände in der Lage sind, schnell ihr verheerendes Feuer auf die marodierenden Ansammlungen zu richten. Nordwestlich Soissons nachzusehen die Artillerieträger auf unserer Südfront zu und siegerte sich zweitens am Südostnachmittage. Deutlich keimt jetzt von 7 bis 7 Uhr 30 vorminangs ein starker feindlicher Feuerüberfall auf unsere Stellungen um Reill und Poelberg ein. Nach starkem Artillerie- und Minenfeuer auf unsere Stellungen nördlich Poelberg erfolgte dort um 5 Uhr nachmittags ein starker französischer Artilleriebeschuss, der im Gegenseitig abgewiesen wurde. Die Verluste des Feindes sind schwer. Deutlich der Maas nahm nach verhältnismäßig ruhigem Vorzug besonders in der Gegend von Ornes am Nachmittage des Feuer zu und griff gegen Theud auf, auch auf unsere Stellungen bis an die Maas über. Mehrmals erkundete feindliche Artillerie wurden mit Erfolg unter Feuer gekommen.

Die Heeresberichte.

Berlin, 27. November, abends. (Umfassig.)

Am 26. November bei Cambrai und Fontaine erfolgte ein großer Bataillon und Fortsatzkampf. Erhielt keine besondere Rücksicht darüber noch an.

Zu über und an der italienischen Front nichts Besonderes.

Wien, 27. November. (Umfassig.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage blieb gestern unverändert. Es hat die letzten zehn Tage ausführliche Kampf bei Eisola folgen die alpenländischen Truppen des Generals Alfredo Graziani wieder mit größter Tapferkeit und Geduld. Es hat das Generals Scherzerregiment zu Kämpfen an der Roane Partie überzeugt seiner Bergregimente sowie seine Kolonialtruppen und es haben die Österreicher von der Seite Graetz Nr. 14 und Bataillon der Tiroler Jäger bei U. Terni und San Martino in der Tessin-Schlucht Ge-

legenheit neuen Ruhm an ihre Fahnen zu knüpfen. Am 23. November besiegt Hauptmann Brumowski seinen 25. Gegner im Luftkampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Nichts Neues.

Russland.

Der Kampf um den Oberbefehl.

Der „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: General Duchonin hat sich geweigert, den Oberbefehl an den Fähnrich Krjlenko abzutreten und gedroht, ihn verhasst zu lassen, wenn er im Hauptquartier erscheine. Krjlenko ist jedoch schon dahin abgereist.

Maßnahmen der neuen Regierung.

Kreuter meldet aus Petersburg: Lenin und Trotzki haben die Auflösung aller Heeresauschüsse befohlen, welche andere sozialistische Parteien an der Front unterstützen. Diese Parteien seien Feinde des Volkes und ließen sich beeinflussen durch englische, französische und amerikanische Börsenagenturen. Die Mitglieder der Heeresauschüsse, welche sich widerlehren, sollen verhaftet werden. Trotzki bittet die Kommissare seiner Regierung, alle Schritte zu tun, damit die Vorschläge zu einem sofortigen Waffenstillstand erfolgen können. Die Eröffnung der Friedensverhandlungen durch amtliche Kanäle bekannt gegeben werden. Ferner bittet er die Neutralen um ihre Vermittlung, damit ihre Landsleute von den russischen Maßnahmen zur Errichtung des Friedens Kenntnis erhalten.

Die „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg: Die neue Regierung erließ einen Armeebefehl an alle Fronten, welcher die Offiziersfähigkeit verbietet und die Rechtsfähigkeit der Befehle der Armeekommandanten von der Zustimmung der Petersburger Regierung abhängig macht.

Ihr gefällt es nicht in Sibirien!

Nach einem Pariser Havas-Bericht ist die Großfürstin Tatjana, die zweite Tochter des früheren Zaren, bei einer fliegenden Hochzeit aus Sibirien entwichen. Sie wird in nächster Zeit über Japan nach Amerika gelangen.

Eine neue Friedenspartei in Russland.

Ein Amsterdamer Blatt erfährt aus Petersburg vom 25. November: Der Kongress der Städtervertreter und Semtjos beschloß, eine neue demokratische Parteiorganisation mit folgendem Programm zu gründen: 1. Protest gegen die Aneignung der Macht durch die Blaginalisten. 2. Die konstituierende Versammlung wird als einzige Machtquelle ansehen. 3. Herstellung aller Freiheit. 4. Übertragung des Grund und Bodens an die Agrarkooperative. 5. Belebung der Friedensverhandlungen. Bis zur Bildung des neuen Kabinetts soll jede Regierungswelt in den Händen der Städtervertreter und Semtjos ruhen.

Ausrufung der ukrainischen Republik.

Nach der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ erfährt der „Daily Chronicle“ aus Petersburg vom 25. November: In Kiew ist die Macht in den Händen der ukrainischen Rada, die die ukrainische Republik ausrief. Die Republik wird mit Russland vereint bleiben und umfaßt die Gouvernements Kiew, Podolien, Wolhynien, Tscherkassy, Poltava, Charlow, Tschaterinoslaw, Cherson und Taurien. Alle Regierungsstellen in Kiew sind in den Händen der Ukrainer. Die russischen Blätter sind beiflagt worden. Am 23. November erließ die Rada ein Manifest, wonin die Republik ausgerufen und alle privaten Ländereien, der Grundbesitz der Klöster und die Domänen in dem ukrainischen Gebiet als Staats Eigentum erklärt werden und die Gesetzgebende Versammlung der Ukraine für den 22. Januar einberufen wird.

Die Kämpfe im Orient.

Muslimischer Erfolg in Palästina.

Der amtliche Kriegsbericht belegt: Sinaikont: An der Küste überstieß der Gegner mit Kavallerie und zugeteilter Infanterie den Wadi Andschia und lehnte sich auf dem Nordufer fest. Gestern traf ihr dort unter Angriff und zwar mit vollem Erfolg. Das Nordufer des Wadi Andschia ist vom Feinde gesäubert worden. Sechs Maschinengewehre und elf Gefangene blieben in unserer Hand. Eine erhebliche Anzahl der entflohenen Feinde ist im Fluß ertrunken. In der Mitte der Front drängte unsere Kavallerie die feindliche Kavallerie zurück und nahm ihr Beute ab.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Gegen eine neue sozialistische Friedenskonferenz.

Stockholm, 27. 11. 17. (Sig. Dräthericht.) Der Chefredakteur Hansson leitartikel im hiesigen „Socialdemocrat“ gegen den dänischen Vorschlag auf Einberufung einer neuen sozialistischen Friedenskonferenz. Er sagt, man müsse damit rechnen, daß nicht England, Frankreich und Belgien ausbleiben, sondern daß auch Italien und Amerika auftreten könnten, die Konferenz zu besitzen. Dadurch würde diese lediglich eine Sonderkonferenz der Russen und der zentralen Länder unter Vermittlung der Autraten. Stauning regte in seinem Vorschlagsbrief an Trotski mit der Möglichkeit eines Sonderfriedens; es sei aber ungereimt und unmöglich, die Internationale für diefei zu engagieren. Ein Sonderkrieg im Osten verlängere eher den Weltkrieg und nähre umso weniger der Gerechtigkeit und dem Frieden. Ein einseitiges Engagement würde auch die Internationale auf unabschbare Zukunft lähmlegen.

Wir halten es trotz der hier geäußerten Bedenken für absolut notwendig, daß doch zum mindesten der Versuch des Zustandekommens einer internationalen sozialistischen Friedenskonferenz unter allen Umständen gemacht wird.

Um Kiautschau.

China erfuhr Japan, Kiautschau zu räumen mit der Begründung, durch die chinesische Kriegserklärung an Deutschland sei auch der Pachtvertrag bezüglich Kiautschau null und wichtig geworden, womit jeder legitime Grund für einen bleibenden Japans in Kiautschau verschwunden sei. Eine brüskie Weigerung Japans schuf eine delikate Situation, bis es der englisch-amerikanischen Vermittlung gelang, beide Mächte zu bestimmen, die Austragung dieses Falles bis nach dem Kriege zu verschieben.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 28. November.

Die Eröffnung eines öffentlichen Arbeitsmarktes.

Beleidigte heute wieder den Bürgerausschuß. Bekanntlich ist der Senat den Abänderungen des Bürgerausschusses, die die ersten Senatvorlage vorgenommen hat, nicht beigetreten, sondern

hatte darauf seinen ganzen Gesetzentwurf zurückgezogen. Der Bürgerausschuss hatte im Gegensatz zum Senat einen auf paritätischer Grundlage errichteten Verwaltungsausschuss vorgelebt und die Unentgeltlichkeit der Arbeitsvermittlung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossen. In seinem neuen Antrag, der heute im Bürgerausschuss zur Beratung stand, akzeptierte der Senat den paritätischen Verwaltungsausschuss, hält dagegen an seinem früheren Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis grundsätzlich nur für die Arbeitnehmer unentgeltlich sein soll. Er sagt in seinem Dekret:

„Im § 1 des Gesetzentwurfs hat der Bürgerausschuss dem Vorlage seiner Kommission entsprechend die völlige Unentgeltlichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises empfohlen. Dem kann nicht zugestimmt werden. Wenn es auch richtig ist, daß der öffentliche Arbeitsnachweis auch den Zwecken der öffentlichen Wohlfahrt, also dem staatlichen Interesse dient, so ist doch andererseits das Interesse der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einer sachgemäßen Arbeitsvermittlung unverlängbar; es ist daher nicht einzusehen, warum auf die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des öffentlichen Arbeitsnachweises von vornherein verzichtet werden soll. Dabei ist auch in Betracht zu ziehen, daß mit den gegenwärtig berechneten Kosten des Arbeitsnachweises auf die Dauer keinesfalls auszukommen sein wird. Dies erscheint zumal dann ausgeschlossen, wenn der Arbeitsnachweis sich nicht auf eine schematische Arbeitsvermittlung beschränkt, sondern wenn er den außerordentlich schwierigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes sachgemäß Rechnung zu tragen bestrebt ist, wie sie nach dem Kriege in die Errscheinung treten werden. Aus diesem Grunde erachtet der Senat es für gerechtfertigt, wenigstens für die Arbeitgeber die Möglichkeit der Gebührenhebung ausdrücklich vorzubehalten. Demgemäß wird zum Ausdruck zu bringen sein, daß der öffentliche Arbeitsnachweis für die Arbeitnehmer unentgeltlich ist.“

Dem § 3 des Gesetzentwurfs, der den Grundzak der paritätischen Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises zum Ausdruck bringt, stimmt der Senat grundsätzlich zu; wenn indessen dieser Grundzak in der praktischen Handhabung volle Geltung erlangen soll, so erscheint es geboten, im Gesetze auch die Herausziehung von Stellvertretern für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter vorzusehen, wie dies z. B. auch für die nach dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst gebildeten Ausschüsse geschehen ist. Demgemäß wird zu bestimmen sein, daß für jedes Mitglied des Verwaltungsausschusses mindestens ein Stellvertreter zu bestellen ist und daß für die Wahl der Stellvertreter die für die Wahl der ordentlichen Mitglieder geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden.

Der Bürgerausschuss lehnte in seiner heutigen Sitzung die vom Genossen Hoff beantragte Unentgeltlichkeit der Benutzung des Arbeitsnachweises auch für die Arbeitgeber ab. Angenommen wurde ein Antrag Heinsohns, wonach der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses auch durch einen Oberbeamten des Stadt- und Landamtes vertreten werden kann. Im übrigen wurde der Senatsantrag unverändert zur Mitgehnigung der Bürgerschaft empfohlen.

Der Bürgerausschuss genehmigte resp. befürwortete heute folgende Anträge des Senats: Grundstücksaustausch in der Ralenkistraße, Weitergewährung einer Unterführung an die Birne des Baumschuhkellers Adolf Böck, Bewilligung von 270 000 Mf. an das Rote Kreuz für ergänzende Familienunterstützung, Verstärkung der Büroarbeitsmittel des Statistischen Amtes infolge der Volkszählung um 6000 Mf., Erlös von Nachträgen zum Einkommensteuergebot vom 1. November 1913 und zum Gewerbesteuergebot vom 14. Januar 1911.

Die Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für städtische Arbeiter und der Kinderzulagen wurde heute vom Bürgerausschuss auf Antrag des Senats bestätigt. Die Steuerungszulagen für Verheirathete werden von 21 auf 36 Mf. für Unverheirathete von 12 auf 24 Mf. und für Kinder von 4 auf 6 Mf. monatlich erhöht. Die zu diesem Zwecke geforderten Summen belaufen sich auf 57 184 Mf. für die Steuerungszulagen und 986 Mf. für die Kinderzulagen.

Die Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen.

Die Einschränkungen in der Lieferung von Brennstoffen machen es den Vermietern von Räumen mit Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen unmöglich, die ihnen obliegenden Leistungen an Heizung der Mieträume und Lieferung von warmem Wasser im vollen vertraglichen Umfang zu erfüllen. Die Einschränkung der Lieferungen und der Verwendungsmaßstäbe ist durch die für die Kohlenverteilung rechtsgerichtet für zuständige erklärten Behörden erfolgt, so daß die Lieferfüllung der berechtigten Vertragspflichten meist auf einer vom Vermieter nicht zu vertretenden Unmöglichkeit beruhen würde. Mit jeder gewisslichen Anerkennung ist jedoch in keiner Weise gesetzt, welche bestimmten Leistungen im einzelnen Falle dem Vermieter unmöglich sind, und worauf der Mieter bei der nicht völlig aufgehobenen, sondern nur eingeschränkten Erfüllungsmöglichkeit eigentlich Anspruch hat. An sich wäre die Verteilung der verfügbaren Mengen Brennstoffes zur bestmöglichen verhältnismäßigen Befriedigung aller Mieter und ihrer einzelnen Ansprüche zunächst Sache des leistungspflichtigen Vermieters. Mag dieser aber die Verteilung der ihm zugemessenen Vorräte aus entsprechend den Erfordernissen von Treu und Glauben und unter weitgehender Rücksichtnahme auf die Verkehrssituation vornehmen, so sichert ihn dies doch nicht vor der Gefahr, daß seine Mieter eine andere Auffassung von der bestmöglichen Verteilung des Brennstoffes haben und deshalb gegen ihn im Rechtswege vorgehen und möglicherweise obsiegen. Darauf weist recht langwierige Streitigkeiten müssen vermieden werden. Deshalb ist es nach einer Bundesratsverordnung vom 2. November 1917 Sache einer unparteiischen und sachkundig berateten Stelle, das Maß der gegenseitigen Pflichten und Rechte der Vermieter und Mieter, wie sie unter der Einwirkung der behördlichen Beschränkungen zu gestalten sind, unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges festzulegen und zwar in einer Weise, die die Parteien und im Streitfall auch das Gericht bindet. Um diese Artige Entscheidungen zu treffen, steht die Bundesratsverordnung die Errichtung von verschiedenen Schiedsstellen vor. Für Lübeck ist mit der Tätigkeit einer Schiedsstelle im Sinne dieser Bekanntmachung das Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt Lübeck, Parade 1, betraut worden. Das Einigungsamt ist daran befugt, in seiner Eigenschaft als Schiedsstelle entweder durch allgemeine Anordnungen oder auf Antrag eines Vermieters oder Mieters im Einzelfall darüber zu bestimmen: 1. in welcher Weise ein Vermieter die Mengen von Heizstoffen, die er nach Anordnung der zuständigen Behörde während des Winters 1917/18 verwendung darf, auf bestimmte Zeiträume (Monate, Wochen, Tage) zu verteilen und in welchem Umfang er die Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlage der Mieträume in Betrieb zu halten hat; 2. ob und in welcher Höhe der Mieter einen Anspruch auf Minderung des Mietzinses oder der besonderen Vergütung für die Heizung oder Warmwasserversorgung geltend machen kann, wenn die durch die Anordnungen der zuständigen Behörde oder durch Entscheidung der Schiedsstelle festgesetzten Leistungen des Vermieters an Heizung der Mieträume und Lieferung von warmem Wasser hinter dem vertragsmäßigen Umfang dieser Leistungen zurückbleiben; 3. ob der Mieter, wenn die Voraussetzungen der Nr. 2 vorliegen, berechtigt ist, das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigung zu kündigen. Das Recht der Parteien, die Schiedsstelle im einzelnen Falle anzurufen, ist den Bevölkerungen auch dann nicht genommen, wenn das Einigungsamt als Schiedsstelle bereits eine allgemeine Anordnung getroffen hat. Die Schiedsstelle trifft ihre Entscheidung unter freier Berücksichtigung aller Umstände nach billigem Ermessen. Ihre Entscheidung ist unantastbar. Treten in den der Entschließung zugrunde liegenden tatsächlichen Verhältnissen Veränderungen ein, insbesondere durch Neuanordnungen der zuständigen Behörde, sei es, daß sie weitere Mengen von Heizstoffen zur Verwendung freigibt, sei es, daß sie weitere Einschränkungen anordnet, so sind die Beteiligten

Der amtliche Kriegsbericht.

Berücksichtige englische Angriffe.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. Novbr. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war das Artilleriefeuer zwischen dem Southwesterwalde und Sandvorde von mittags an lebhaft. Bei Passchendaele schwoll es am Abend zu größerer Härigkeit an. Zu beiden Seiten der Scarpe erhöhte Geschäftigkeit.

Auf dem Schlachtfelde von Cambrai leitete starke Feuerkampf mit Tagesanbruch die Angriffe ein, die der Engländer mit frisch eingezogenen Divisionen gegen Bourlon, Fontaine und andere angreifende Stellungen richtete.

Möglich von Bourlon brachen seine Angriffswellen und die ihnen vorliegenden Panzerwagen in unserem Feuer zusammen.

Zwischen Bourlon und Fontaine drang der Feind nach mehrmaligen vergeblichen Angriffen in unsere Abwehrzone ein. Bourlon und Fontaine gingen vorübergehend verloren.

Die durch den erbitterten Häuserkampf stark gelittenen englischen Verbände rief der Gegner an unserer Infanterie. Umfassend angefeuert und schließlich durchgeführt nahm sie die Dörfer in langerem Rücken wieder und warf den Feind in den Wald von Bourlon zurück. Mehr als 200 Gefangene und zahlreiche Maschinengewehre blieben in ihrer Hand.

Das starke Feuer ließ bei Eintritt der Dunkelheit nach. Dorthin Infanterieläufe dauerten bis in die Nacht hinein fort.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Tahure ließ der Franzose bei einer mühvollen Unternehmung Gefangen in unserem Graben.

Auf dem östlichen Massaufer war die Aktivitätsfähigkeit des Vermittlers gestiegen, sie flachte von mittag an zu mäßigem

Störungsfeuer ab.

Front des Generalstabschalls Herzog Albrecht

von Württemberg.

Nordöstlich von Rommelsbacher stießen starke französische Abteilungen gegen unsere Linien vor. Sie wurden im Nahkampf abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz u. Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

vorbeugen. Die Leute, die über drei Jahre im Felde sind, führen sich nicht mehr vor Schmutz und Wunden. Arbeiter, Beamte und Unternehmer hätten das gleiche Interesse an der Errichtung von Heimstätten. Aber es gebe Leute, die von der Bodenreform im Sinne des Redners nichts wissen wollten. Zwei Gruppen ständen abseits. Auf der einen Seite die Mammontisten, die Terrainspekulanten, die auf das nach dem Kriege fürchtbar wendende Wohnungselend warteten, um Profite zu machen und sich zu bereichern an der Not des Volkes. Auf der anderen Seite standen die „unabhängigen Sozialisten“, die die Not des Volkes als Messer auf ihre Mühlen setzten wollten, die jeder praktischen Arbeit an der Verbesserung des Staates feindlich gegenüberstehen, obwohl ihre Ziele, die Ziele des Sozialismus überhaupt gar nicht anders durchzugehen sind, als durch Mitarbeit am Staatswesen. Doch über diese Leute hinweg, würdet sich die Bevölkerung durchsetzen. Die Bodenreformer arbeiteten für den sozialen Frieden. Im Mai vorherigen Jahres habe der Reichstag eine Resolution angenommen, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfs für Kriegerheimstätten forderte. Ein solcher Entwurf sei vom August fertiggestellt worden. Auch das Kapitalabfindungsgebot sei auf sie zurückzuführen. In einer Linie müsse für die Kriegerheimstätten die Witwen der Gefallenen gesorgt werden. Dem Bodenreformer müsse ich entschuldigen, daß er darüber vertriebene sich dann des näheren über Größe und Einrichtung der Heimstätten. Vor allen Dingen müsse der Boden von Reich, Staat und Gemeinden bereit gestellt und die Geld- und Hypothekenfrage geregelt werden, damit die heimkehrenden Krieger nicht an die Freiheit gehen können. Mit jeder Heimstätte steige der Wert des Bodens. Vor allen Dingen dürfen die Heimstätten natürlich keine Hinterobjekte werden. Alle Parzellen, alle Siedlungen müssen sich von der Wichtigkeit dieser Frage überzeugen. Sie sei eine nationale Pflicht. Wenn morgen Zeiten seien, drohe übermerken der Kampf um die deutsche Säule. Über habe ja die Wichtigkeit der Bodenreform erkannt und derzeit sei die Kriegerheimstätten bereitgestellt. Hoffentlich würde bald die Einsetzung erfolgen. Der Redner schloß mit einer Aufrufrede zum Beitreten an die Vereinigung der Bode reformer. An den Bertha, der mit starkem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine kurze Aussprache.

Ein von dem Unternehmer abgelehnter Schiedsspruch. Der Schiedsspruch hat in seiner Sitzung vom 13. November 1917 gemäß § 13 Abs. 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wegen Lohnforderungen der Arbeitnehmer der Firmen Jost Hins, Hoffmann u. Sohn und W. Hoffmann u. Sohn vertraten durch ihre Rechtsanwälte, gegen ihre Grünen folgenden Schiedsspruch erlassen: Die Arbeitnehmer erhalten den vollständigen männlichen Arbeitnehmern einen Stundenlohn von 18 Pf. und 25 Pf. Tagesentgeltssatz, den weiblichen Arbeitnehmern einen Stundenlohn von 15 Pf. und 17 Pf. Tagesentgeltssatz, sowie jener für beide als Kriegssatztag für nichtlastige Arbeitszeit einen Aufschlag von 5 Proz. bei 15 Pf. und Arbeitszeit, von 10 Proz. bei 25 Pf. Arbeitszeit, von 15 Proz. bei 25 Pf. und Arbeitszeit, von 20 Proz. bei 35 Pf. Arbeitszeit, von 25 Proz. bei 7 Pf. und Arbeitszeit, von 30 Proz. bei 35 Pf. Arbeitszeit mit einem Aufschlag vom 1. November 1917 ab. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch abgelehnt; die Arbeitnehmer ihre Zustimmung erteilt.

Vom 15. bis 24. Dezember keine Feldaktivitäten. Berliner Blätter berichten: Wege der Verförderung der Truppen werden Privatbriefsendungen im Gewicht von über 20 Gramm Feldpost geahndet an Heeresangehörige und zwar ohne Unterschied, ob die Sendungen an Heeresangehörige im Felde oder an Angehörige im Ausland befindlicher Truppen gerichtet sind, für die Zeit vom 15. bis einschließlich 24. Dezember von den Postämtern weder angenommen noch bejedert. Die gleichen Verordnungen tritt mit Rücksicht auf den Monatsbereich in etwa wie im Vorjahr für die Zeit vom 20. Dezember bis einschließlich 2. Januar ein.

Feststehende Konzerte des Vereins für Musikkneude. Von seitens regelmäßiger Besucher dieser Konzerte, die veräumt hatten, sich mit Dauerarten zu beschleichen, in der Würde zerstört worden, für diegleichen 11 Konzerte dieser Spieldaten nach täglich Dauertarifen zu erwarten. Die Ausgabe dieser Dauertarife 11. Platz 11.20 Mf., 2. Platz 5.50 Mf.; findet nur in den Tagen vom 27. November bis einschließlich 1. Dezember in der Nachstelle des Vereins der Musikkneude. Abzüglich 101, nein, 100, nein, ebenfalls empfiehlt sich die Erwerbung einer Dauerarte für regelmäßige Besucher zur rechtzeitigen Eintritt eines Plazess, da sie überhaupt keinen Platz mehr erkennen lassen.

Hannoverscher. Die mit je großer Pein erlangtene Bezahlungsquelle „Die Edige Eltern“ lädt regelmäßig eine große Anziehungskraft auf das Publikum aus. Diegleiche wird bis einschließlich Sonnabend dieser Woche weiter an jedem Sonntag gespielt um einen Platz die „Kneipe“ 2. Jahr, 1. Weltkrieg von Bruno Deder. Nicht von heute an Aufstellung.

pb. Bestohlene Kriegsgefangenen. Teilgefangenen wurde ein Läufer aus Neuenburg b. Zürich der einem russischen Kriegsgefangenen auf Klingenberg Hof die Kleidung, ein Taschenmesser und ein Portemonnaie mit einem Goldbetrag gestohlen hatte.

pb. Schleierei. Deseinenen wurden ein kleiner Herbergswirt, dessen Ehefrau und zwei dänische Arbeiterinnen Geheime. Beide waren regelmäßiger Besucher dieser Konzerte, die veräumt hatten, sich mit Dauerarten zu beschleichen, in der Würde zerstört worden, für diegleichen 11 Konzerte dieser Spieldaten nach täglich Dauertarifen zu erwarten. Die Ausgabe dieser Dauertarife 11. Platz 11.20 Mf., 2. Platz 5.50 Mf.; findet nur in den Tagen vom 27. November bis einschließlich 1. Dezember in der Nachstelle des Vereins der Musikkneude. Abzüglich 101, nein, 100, nein, ebenfalls empfiehlt sich die Erwerbung einer Dauerarte für regelmäßige Besucher zur rechtzeitigen Eintritt eines Plazess, da sie überhaupt keinen Platz mehr erkennen lassen.

pb. Hochstapler. Gestern wurde eine Brücke aus Krems wegen Betriebs. Die Zeitgenossen saßen von Ort zu Ort, bewohnte die besten Hotels und brachte die Hotelküche und die Brücke. Da dieselbe teuer kostete, hat die Brücke wieder verkauft. Daß diese es mit Vieles zu tun hatten, ließen sie daraus erkennen, daß sie die Brücke in ihren Keller in einem Raum versteckt hatten, welches mit einem Raum angeleitet war und darüberlich den Eindruck machte, als wenn darüber eine Flügigkeit enthielt.

pb. Hochstapler. Gestern wurde eine Brücke aus Krems wegen Betriebs. Die Zeitgenossen saßen von Ort zu Ort, bewohnte die besten Hotels und brachte die Hotelküche und die Brücke. Da dieselbe teuer kostete, hat die Brücke wieder verkauft. Daß diese es mit Vieles zu tun hatten, ließen sie daraus erkennen, daß sie die Brücke in ihren Keller in einem Raum versteckt hatten, welches mit einem Raum angeleitet war und darüberlich den Eindruck machte, als wenn darüber eine Flügigkeit enthielt.

pb. Hochstapler. Gestern wurde eine Brücke aus Krems wegen Betriebs. Die Zeitgenossen saßen von Ort zu Ort, bewohnte die besten Hotels und brachte die Hotelküche und die Brücke. Da dieselbe teuer kostete, hat die Brücke wieder verkauft. Daß diese es mit Vieles zu tun hatten, ließen sie daraus erkennen, daß sie die Brücke in ihren Keller in einem Raum versteckt hatten, welches mit einem Raum angeleitet war und darüberlich den Eindruck machte, als wenn darüber eine Flügigkeit enthielt.

Bremen. Lehrlingsausbildung. In Nr. 24 der Nordwestdeutschen Bildungszeitung befindet sich ein „Arbeitsblatt“ des Obermeisters der Bremer Weißbäckerinnung, in dem dieser Obermeister u. a. schreibt: „Dem Stift täglich eins zu untersuchen. (Geweder hat er etwas ausgekreiselt oder er will noch etwas ausspielen?)“ Die deutschen Bäcker und Konditoren „Sitzung“ hängt diese Erziehungs-methode niedriger und weiß darauf hin, daß in Bremen Bäckerreien konsequent das Nachdarktverbot übertraten, also gegen die Kriegsgefechte verstohlen wird. Sollte sich da für den Heim Obermeister kein wichtiger Stoff für sein Werkstatt finden?

Bremervörde. In Sande erstickt. Beim Sandabgraben wurde der achtjährige Sohn eines Arbeiters von einsitzenden Sandmassen begraben. Die durch das Hüttener des Bruders herbeilegenden Leute fanden den Knaben nur noch als Leiche bergen.

Theater und Musik.

Im Stadttheater erwiderte gestern der Tanzabend von Hannelore Ziegler bei einem sehr zahlreichen Publikum lebhafte Interesse. Das ist ja schon aus dem Umstande begreiflich, daß der Tanz nicht im Frieden von der Jugend mit Eifer und vielsach mit Achtung sehr ausführlich, während des Krieges nur auf der Bühne eine legitime Stätte findet. Aber Ziegler vom Mainzer Polizeipolitiker nicht unwert der Auf-

Politische Rundschau.

Deutschland.

Preßstimmen zur preußischen Wahlrechtsvorlage.

Die preußische Wahlrechtsvorlage hat in der deutschen Presse, entsprechend der politischen Stellung der einzelnen Blätter, natürliche sehr geteilte Aufnahme gefunden. Die Blätter der Rechten nehmen nach wie vor grundsätzlich gegen das allgemeine Wahlrecht Stellung. So schreibt die konservative „Kreuzzeitung“, sie könne ihre Stellung zu den Vorlagen weder durch die für sie gegebene Begründung noch durch ihre Gestaltung im einzelnen ändern. In der Zuständigkeitsverweiterung des Herrenhauses könne ein Gegen gewicht gegen die Radikalisierung des Abgeordnetenhauses nicht erblickt werden. Trotz alledem werde die konservative Partei an der Reform „ehrlich mitarbeiten“, allerdings nur, um die radikalen Vorschläge der Regierung zu beschneiden. — Die freikonservative „Post“ sieht in der Vorlage ebenfalls einen Triumph des demokratischen Geistes, gegen den sie eine starke Opposition in Aussicht stellt. — Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ glaubt nicht, daß die Parteien, die sich in erster Linie für die Zukunft des preußischen Staates und der preußischen Monarchie verantwortlich fühlen, der Regierung auf diesem Wege folgen können. — Der jetzt schwerindustriell orientierte „Berl. Lokalanzeiger“ sagt ebenfalls den heftigsten Kampf voraus. — Die alldutschen „Berl. Neuest. Nachr.“ bemerken, daß noch kein so weittragendes Gesetz kümmerlicher begründet worden sei, als diese Vorlage. Ein weiterer Artikel ist überschrieben: „Der Kampf beginnt.“ Dann wird gesagt, mit der Wahlrechtsvorlage sei am Totensonntag das alte Preußen zu Grabe getragen worden. — Die „Tägl. Rundschau“ befiehlt, daß innerhalb der Vorlage kein Damm gegen die Demokratie aufgerichtet werden darf. — Der rechtsnationalliberale „Deutscher Kurier“ ist über die Vorlage ebenfalls nicht freudig gestimmt; er bemerkt: „Dass unser ganzes Volk in diesem Krieg über Nacht politisch reif geworden sei, kann man leider mit Zug und Recht nicht sagen — ein Blick auf die politischen Leistungen des Reichstages lehrt das schmerzhafte Gegenteil.“

Die „Post. Ztg.“ berüngt die Einschränkungen des Wahlrechts und die „Berl. Volkszeitung“ weitet sich besonders gegen die feudal-berufständische Gliederung des künftigen Herrenhauses, begrüßt jedoch den endlich gekommenen Bruch mit dem Dreiklassenwahlrecht.

Die „Germania“ gibt der preußischen Regierung das Zeugnis, recht prompte Arbeit geleistet zu haben. Auch sei die loyale Einstellung des Königs Wortes über das gleiche Wahlrecht voll und ganz erfolgt. Das Blatt macht dann noch einige Ausstellungen an der Gliederung des Herrenhauses.

Eine Programmrede Stresemanns.

Ahnläufig des Parteitages der rheinischen Nationalliberalen in Köln sprach Stresemann am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung im Görzenhof in mehr als zweistündiger Rede über die politische Lage. Die Erfolge des U-Boot-Krieges haben ihn hinsichtlich des Kriegsausgangs sehr optimistisch gestimmt: „Wenn wir den Frieden noch nicht haben, so liegt das vielleicht daran, daß wir ihn zu oft angeboten haben.“ (Sturmischer Beifall.) Sehr scharf kennzeichnete er das völlige Versagen der deutschen Diplomatie; der Ruf nach Verstärkung des Parlamentarismus sei ein Aufschrei nach ihrem Zusammenbruch gewesen; wir hätten den Krieg diplomatisch schon verloren, als er militärisch begann. Besonders programmatisch waren seine Darlegungen zu den russischen Waffenstillstands- und Friedensangeboten: „Liegen diese binnen kurzem vor, und vielleicht nur an Deutschland, dann heißt es, die Nerven behalten. Wir haben keinen Grund, ein Friedensangebot auf der vorgeschlagenen Grundlage anzunehmen; bei der gegenwärtigen Lage Russlands gehört wirklich nicht viel sozial-

istischer Idealismus dazu, uns einen Frieden ohne Erbahrungen und Entschädigungen anzubieten.“ Jetzt sei keinerlei deutsche versteckte Ideologie angebracht. Kurland und Livland müßten in engste Gemeinschaft mit Deutschland gebracht werden; man solle keine Zwangsstaaten aus ihnen machen. Stresemann wandte sich dann gegen den Staatssozialismus und gab Aufklärung, warum sich die national-liberale Fraktion gegen Michelis wenden mußte; seine politische Unerprobtheit habe das deutsche Ansehen bei der Flotten-Affäre in schwerste Gefahr gebracht. Die national-liberale Fraktion halte die Reichstagsentschließung vom 19. Juli für überholt. Sie wirke weiter mit den Mehrheitsparteien zusammen, weil sie mit ihnen gemeinsame Aufgaben zu erfüllen habe, und sie werde sich von dieser Politik nicht durch Leute abbringen lassen, die die Tragweite ihrer anders gerichteten Wünsche nicht übersehen. (Sturm. Beifall.) Für die Zukunft müsse überhaupt eine stärkere Annäherung der Mittelparteien, Nationalliberale und Zentrum, erfolgen. Die Aufhebung des § 153 sei ein Gebot der Gerechtigkeit angesichts der vorbildlichen Haltung der gewerblich organisierten Arbeiterschaft. Die Scheidung in nationale und antinationale Parteien sei für alle Zukunft zu verwerfen, man dürfe die Sozialdemokratie nicht boykottieren, sondern müsse sie einordnen zur verantwortlichen Mitarbeit. (Lebh. Zustimmung.) — Viele Aeußerungen Stresemanns ließen erkennen, daß sie gegen die zahlreichen Artikel der „Köln. Ztg.“ gerichtet waren, die sich bei der jüngsten Krise scharf gegen die von der nationalliberalen Fraktion mit herbeigeführten Umwälzung in der Regierung gewandt hatte.

Fortschrittliche Neuorientierung.

Entsprechend den Beschlüssen der sozialdemokratischen Landeskongress vom 4. November d. J. beschäftigten unsere Genossen im Februar einen Landtag einen Antrag auf allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlverfahren für die Wahlen zum Landtag, zu den Bezirksschulräumen und zum Gemeinderat einzubringen. Um die geschäftsordnungsmäßige Zahl von Unterschriften zu erlangen, wandten sich unsere Genossen an die Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei. Von diesen wurden die Unterstrichen mit dem Hinweis abgelehnt, daß ihrerseits mit den Nationalliberalen geplant sei, dem Landtag Anträge zu unterbreiten, die die Vereinheitlichung der Verwaltung in den Thüringer Staaten und die Schaffung eines freiheitlichen Gemeindewahlrechts fordern. Von einer Behandlung des Landtagswahlrechts wolle man aber in der gegenwärtigen Zeit mit Rücksicht auf den „Burgfrieden“ absiehen. Später sei man nicht abgeneigt, auch dieser Frage näherzutreten, und zwar bestrebe die Absicht, die Forderung aufzu stellen, daß die Wahlen der Privilegierten fallen müßten. Die Wahlen von Abgeordneten durch die einzelnen Ständevertreterungen hätten sich aber doch bewährt. Außerdem wolle man für die größeren Städte eine bessere Vertretung dadurch schaffen, daß man diesen zwei Abgeordneten gewähre.

Das nennt man nun fortschrittliche Neuorientierung! Unsere Genossen müßten, weil die fortschrittlichen Abgeordneten ihre Unterstützung versagt haben, den beabsichtigten Antrag als Gesuch an den Landtag einreichen.

Methode im Bereich des 6. Armeekorps.

Im „ganzen Bereich“ des 6. Armeekorps sind politische Versammlungen verboten, weil die „Lage im Bezirk zu ernst ist“. In Breslau durfte deswegen nicht über den Sozialdemokratischen Parteitag berichtet werden, und in Waldenburg i. Schl. wurden Frauenkonferenzen unter Mitwirkung der Gemeindevertreterinnen und Sitzungen des Gewerkschaftsrates als politische Veranstaltungen untersagt. In persönlichen und schriftlichen Erklärungen wurde vom Generalkommando aber immer wieder auf das liebenswürdige versichert, mit dieser Strenge würde gegen alle Parteien engleichmäßig verfahren. Dass dem nicht so ist, konnte

Sibylle aus dem Gartenzaule, um ihnen das Geleit zu geben. Murat nutzte ihr einen Abschied zu, mit einer gewissen kalten Gnädigkeit, als ob er von dem Empfang, der ihm auf dem Hause geworden, nicht überzeugt vertritt. Der Graf von Spaville machte ihr eine tiefe Verbeugung, welche Sibylle ebenso tief erwiderte wie Murat die ihrige. Und dann trugen die Herrschaften in den vierpännigen Hofswagen, der sie auf die Rheider Burg brachte, und so rollten sie in die Residenz zurück.

Fünftes Kapitel.

Der Graf von Spaville.

In die leeren Gemächer der Rheider Burg war wenigstens etwas Geräusch und Leben zurückgekehrt, seit Antoine von Spaville aus der nahen Hauptstadt ein paar Handwerker herausgejagt hatte, welche ihm einige Zimmer in bewohnbaren Stand setzten und mit den mitgebrachten Möbeln einrichteten. Er selbst war die beiden ersten Tage am Morgen herausgekommen, um sein neues Besitztum genau in Augenstein zu nehmen und abends in die Stadt zurückzufahren. Am Nachmittage des dritten Tages hatte ein Diener ein großes Schreiben von der Bara herab dem Hammerbesitzer überbracht, gesiegelt mit einem großen Wappen im Fürstentmantel und mit einer Herzogskrone darüber. Ritterhosen hatte es gebrochen und während Sibylle das Kuvert an sich nahm und das Siegel aufmerksam betrachtete, las der Hammerbesitzer die Depesche mit einem Gesicht, welches sich in immer dunkler Farben verzog.

Der Inhalt des Schreibers lautete:

„Mein Herr!

Aus den mit meinem neuen Besitztum mit übergehenen, dazu gehörigen Archivalien und Aktenstücken erholt in unzweifelhafter Weise:

Dass das in Ihrem Besitz befindliche Hammerwerk nebst allem Zubehör infolge eines Zeitpachtvertrages mit den früheren Eigentümern der Rheider Burg von Ihnen innengehobt wird.

Sie haben diesen Charakter Ihres Besitztumess verloren und für dasselbe die Natur eines Erbpachtverhältnisses in Anspruch genommen.

Jedoch ist der über die letzte Frage mit dem Eigentümer, dem verstorbenen Herrn von Hutterde, geführte Prozeß für Sie in allen Instanzen verloren gegangen.

Die Rechtsnachfolgerin des Herrn von Hutterde, die pfälzische Domänenverwaltung, hat von diesen gegen Sie erlassenen Urteilen keinen Gebrauch gemacht, sondern Sie im Besitz des Hauses gelassen und von Ihnen nach wie vor den alten Pachtzins entgegengenommen — aus Motiven, über welche die Alten nicht Auskunft geben und über die mir kein Urteil steht.

Darauf gestützt haben Sie dann, als die pfälzische Domänenverwaltung, bei der ihr nachfolgenden großherzoglichen betriebenen Verwaltung die Ablösung Ihres Erbpachtverhältnisses beantragt und die sogenannte Domänenverwaltung

wiederholt dem Generalkommando attestiert werden. Und wieder gibt es für die unterschiedliche Behandlung zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien ein ganz klares Beispiel im niederschlesischen Industrierevier. Während den Sozialdemokraten dort seit Monaten jede öffentliche Versammlungsfähigkeit verboten ist, die Baderlandschaft und sogenannte Kriegsaufklärungsausschüsse aber ungehindert Versammlungen veranstalten können, geht am Sonnabend durch die gesamte niederschlesische Presse auch noch ein Versammlungsbericht in, in dem es u. a. heißt:

„Gottberg. Vortrag. In einer im Hotel „Glückauf“ abgehaltenen, gut besuchten öffentlichen Versammlung, die von Pfarrer Michael geleitet wurde, sprach Generalsekretär Dr. Fleischer aus Berlin über das Thema: „Ein starkes deutsches Friede.“

Die weiteren Angaben im Bericht lassen gar keinen Zweifel darüber, daß der temperamentvolle Zentrumssekretär Fleischer garnicht daran dachte, unpolitisch zu reden. Im Gegenteil, er sprach für einen Annexionismus im alledutschen Sinne. So also sieht in Schlesien die „gleichmäßige“ Behandlung der Parteien aus! Und mittels dieser Behandlung glaubt man die Stimmung der Bevölkerung beruhigen zu können. Dazu mehr zu sagen, wird im Reichstage praktischer sein als in der Presse.

Ernährungsfragen.

Vermehrte Schweineabschlachtung.

Das Kriegsergebnis hat die Landeszentralbehörden erzürnt, die schleunigste Abnahme der nicht zur Haus schlachtung und zur Fortführung der Zucht nachweislich benötigten Schweine zu bewirken, indem Abnahmekommissionen überall die vorhandenen Tiere feststellen und abnehmen oder enteignen, damit die immer noch zu hohen Preise den vorhandenen zulässigen Futtermitteln angepaßt und beschlagnahmte Erzeugnisse, wie Brotflocken, ebenso wie die Kartoffeln zur Sicherstellung der Ernährung des Menschen vor verdornter Verfütterung geschützt werden. Da die Abnahme vor Erzielung der erst gewünschten Schlachtung der Tiere erfolgt, wurde angeordnet, daß bis zum 15. Januar für alle abgenommenen Schweine als Einheitspreis für 50 Kilogramm der Preis der C-Klasse der Verordnung vom 4. April 1917 falso der 100-Kilogramm-Schweine gilt. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen ausnahmsweise Stückzuschläge gezahlt werden, die für Tiere von 15 bis 50 Kilogramm 18 Pf. betragen und sodann bei je 15 Kilogramm höherem Gewicht sich je um 4 Pf. erhöhen. Nur für Schweine, die schwerer als 75 Kilogramm Lebendgewicht sind, dürfen solche Zuschläge nicht gezahlt werden, weil für diese bereits der Einheitspreis eine genügend Entschädigung bietet. Die Herausnahme der Schweine soll möglichst ohne tierischfeste Härten, nötigenfalls aber wangsweise erfolgen. Die Höchstpreise für Schlachtkerl, die jetzt bis zu 1,50 Pf. für ein Pfund betragen, sollen am 15. Januar 1918 auf höchstens 1,10 Pf. erhöht werden. Die abgenommenen Schweine werden hauptsächlich für den Heeresbedarf benötigt, während mit einer starken Belieferung der Zivilbevölkerung leider nicht gerechnet werden kann.

Aus Nah und Fern.

Die schätzten Hotelgäste. Nachts sind im Hotel Schwan in Landau sämtliche vor den Fremdenzimmern stehenden Schuhe gestohlen worden. Der Chef hatte sich unter dem Namen August Heimle, Schlosser aus Offenbach, im Hotel eingemietet und hat dann gegen 2 Uhr in der Frühe durch das Haustürfenster entfernt.

Einbruch auf Schloss Wilhelmshöhe. Einbrecher drangen in einer der letzten sumptuosen Nächte in das alte Schloss Wilhelmshöhe ein und stahlen hierbei zahlreiche Urnen, Bronzen, Vasen, Porzellan und Waffen von grozem Kunstsinn. Aus der Zahl der gestohlenen Gegenstände ist zu schließen, daß mehrere Täter an dem Einbruch beteiligt waren, von denen einer unbekannt über aediegenes Kunstverständnis verfügen mögte. Sowohl bisher festgestellt liegen, sind Kunstsinn im Betrage von 80 bis 100 000 Pf. gestohlen worden.

Ähnliche Untersuchung der Sache hieraus eingegangen, hat Ihre Anträge genehmigt und die Ablösungssumme fixiert, die Sie zu zahlen bereits begonnen haben.

Ich habe als Rechtsnachfolger der Domänenadministration jedoch sofort wider dies Ablösungsverschärfen Protest erhoben, da es auf durchaus falschen Vorwürfe beruht.

Indem ich Ihnen dies mitteile, rufe ich hinzu, daß ich den lebhaften Wunsch habe, diese Angelegenheit mit Ihnen in friedlicher und unumstrittener Weise zu ordnen, und wird es mir ein Vergnügen sein, diejenigen Wünsche persönlich zu beweisen, sobald Sie mich besuchen wollen, um über die Erledigung der Sache sich mit mir zu bereden.

Ich bin, mein Herr, mit großer Achtung
der Graf A. von Spaville.“

Der Hammerbesitzer stieß ein paar derbe Flüche aus, nachdem er diesen Brief gelesen und reichte ihn seiner Tochter. Die letztere wechselte die Farbe, als sie das Schreiben überflog.

„Die Sache ist möglichst für uns“, sagte sie. „Dieser Graf von Spaville ist, fürchte ich, kein guter Mensch, und wir werden mit ihm zu keinen guten Ende kommen, ohne schwere Kosten und große Opfer.“

„Die Einleitung zu ihm zu kommen, hat etwas Spöttisches“, bemerkte Ritterhausen. „Er weiß ja, daß ich mich nicht bewegen kann! Denkt er am Ende, ich würde dich senden?“

„Das ist möglich“, antwortete Sibylle, „aber dann würde er irren, ich würde zu diesem Menschen nicht gehen!“

Ritterhausen schwieg eine Weile, dann sagte er: „Es ist fürs erste und bevor ich irgendeine Antwort ertheile, nötig, mit unserem Advokaten zu reden. Schreibe ihm ein paar Zeilen, um ihn zu uns zu bitten.“

Sibylle erhob sich, um den Wunsch ihres Vaters zu erfüllen und zog sich in ein an den Gartenzaule stehendes Zimmer zurück. Ihr kleines Wohnzimmer, wo ihre Blumen, ihre Bücher, ihre Arbeitsstühle standen, wohin sie sich flüchtete, wenn sie müde war von der Anstrengung des Tages, von der oft so drückenden Aufgabe, ihren Vater zu unterhalten und zu erheitern. Es war ein hübscher, sauber gehaltener kleiner Raum, an dessen Wänden zwei Kupferstiche hingen, welche Szenen aus Klopstocks „Metastas“ darstellen; unter diesen Bildern stand eines jener altprächtlichen und doch so heueren Schreibtische, an denen man einen zündenderen Ofen durch einen Zug auf- und zudosieren läßt. Sibylle öffnete dieses Möbel und setzte sich daran; aber statt die Feder zu ergreifen, um den Brief an den Advokaten zu schreiben, blätterte sie lange das Haupt auf den Arm und schien sich ihren Gedanken hinzugeben. Dann zog sie eine der Schiebläden auf, und ein kleines Komplott von Papieren heranzuschmeißen, begann sie langsam zu blättern in die zerstreuten, mit einer großen und flüchtigen Handschrift bedeckten Papieren. Mehr und mehr von dieser Lektüre gefesselt, versank sie endlich in ein tiefes Sinnen, die Augen starr auf eine der Seiten hoffend.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rheider Burg.

Erzählung von Leni Schüling.

12. Fortsetzung.

„Glauben Sie, Beugnot, daß ihm das hier genügen wird? Die junge Dame hatte nicht viel Ermüdigendes für ihn.“

„Nur, der Ermüdung bedarf Graf Spaville auch nicht. Ich glaube, er wagt es auch ohne sie vor.“

„Das glaube ich Ihnen; es ist nur die Frage, ob es ihm hier etwas anderes einbringt als ein zerkratztes Gesicht und ein blaues Auge,“ lachte Murat. „Diese junge Dame ist mir beinahe aus, als ob sie einen Dolch im Strumpfband stecken habe wie eine Spanierin!“

„Das könnte man ja untersuchen,“ sagte mit seiner hochmütigen Ruhe der Graf von Spaville.

„Mein teurer Graf,“ fiel Nesselrode ein, „wagen Sie sich da nicht! Nehmen Sie sich vor dem düsteren Kopfe da in acht, der hinter dem Fenster her steht eben wieder auf uns schaut.“

„Wahnsinnig, er sieht aus wie ein Teufel,“ bemerkte Murat. „Und hat Ihnen soeben nicht die lästige Schöne prophezeit, daß Sie Unglück in diesem Tale haben würden?“ sagte Beugnot.

Der Graf von Spaville zuckte die Achseln. „Was wäre ein Sieg, der ohne Gefahr und Mühe erlangt werden kann?“ sagte er. „Ich wette, Spaville, Sie erleiden hier eine Niederlage!“ rief der Großherzog.

„Die Wette gilt. Wenn ich oben in meinem alten Schlosse erst eingerichtet bin und Hohheit mich dann mit Ihrem Besuch dort beeindrucken, soll die junge Schöne die Honneurs des Hauses machen!“

„Sie wollen sie doch nicht etwa heiraten?“ fragte Murat.

„Das nicht, Hoheit!“

„Sie ist mir dein,“ fiel Beugnot ein, „ih meine, ich hätte gehört, Sie wären verheiratet, Spaville?“

„Er? Verheiratet?“ rief der Großherzog überrascht aus.

„Grenzenlose Verleumdung,“ entgegnete der Graf Antoine mit einem untermalten Ergröten. „Sie wissen, Hoheit, Graf Beugnot hat die Leidenschaft, schlechte Späße zu machen.“

„Run, also, um was wetten wir?“ fuhr die Hoheit fort. „Um einen schon intristischen Dolch von Florentiner Arbeit wider Ihren Türkensäbel, Spaville!“

Der Graf von Spaville erklärte sich einverstanden.

„Meiner Minister Beuot und Nesselrode sind Zeugen und kontrahieren,“ sagte Murat.

„Aber nun,“ seigte er hinzu, „brechen wir auf, meine Herren! Ich seige, der Wagen hält am Gartent

